

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Willy Brandt würdigt Hans-
Jürgen Wischnewski zu des-
sem 60. Geburtstag: Han-
deln, wo Not am Mann ist.
Seite 1

Egon Lutz MdB gratuliert
Käte Strobel zum 75. Ge-
burtstag: Ein Dankeschön!
Seite 3

Bruno Friedrich MdEP skiz-
ziert die Lage der SPD im
Sommer 1982: Sozialdemo-
kraten unter dreifachem
Druck. Seite 5

Liesel Hartenstein MdB
fordert Taten im Kampf ge-
gen den "sauren Regen":
Taten erforderlich!
Seite 8

37. Jahrgang / 137

22. Juli 1982

Handeln, wo Not am Mann ist

Hans-Jürgen Wischnewski zum 60. Geburtstag

Von Willy Brandt MdB/MdEP
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Hans-Jürgen Wischnewski gehört zu den Menschen, die in er-
ster Linie dadurch wirken, daß sie handeln. Es gibt
nicht viele in der Bonner Politik, die so wie er durch
unermüdete Aktivitäten und weniger durch viel Worte
von sich reden machen. Die ihm zugedachten Beinamen wei-
sen eine Reihe der Vorzüge unseres "Ben Wisch" aus, aber
bei weitem nicht alle. Zu seinem Sechzigsten am 24. Juli
muß er sich gefallen lassen, daß man weitere nennt.

Seine herausragende Eigenschaft ist, zur Stelle zu sein,
wo Not am Mann ist. Und zwar ohne Rücksicht auf persönliche
Risiken. Auch unabhängig davon, ob er kurze oder weite
Entfernungen zu überwinden hat.

Die wechselnden politischen Aufgaben, die er in den fast
auf den Tag 15 Jahren seiner Zugehörigkeit zum Deutschen
Bundestag - übrigens immer als direkt gewählter Kölner

Abgeordneter - ausfüllte und ausfüllt, geben davon einen Eindruck. Vor wenigen Monaten, als er vom stellvertretenden Parteivorsitz in die Regierungsarbeit zurückkehrte, habe ich ihm für seine unermüdliche Arbeit und freundschaftliche Hilfe meinen Dank gesagt. Das gilt unverändert.

"Ben Wischs" Einsatz für die Partei kann niemand unterschätzen, der ihn gut kennt, seit er - jawohl! - Vorsitzender der Jungsozialisten war - und 1968 unter schwierigen Bedingungen Bundesgeschäftsführer wurde. Es ist vielleicht, bei aller Publizität, die unsere Zeit prägt, ein wenig kurz gekommen, wie er sich besonders in der Funktion des stellvertretenden Parteivorsitzenden Tag für Tag und Wochenende für Wochenende abgerackert hat, um den Kontakt zwischen Bonn und den Ländern, zu unseren Unterbezirken und Ortsvereinen wachzuhalten. Auf Hans-Jürgen Wischniewski war und ist stets Verlaß. Wer seine Freundschaft hat, kann darauf bauen.

Seine enormen internationalen Erfahrungen und vor allem seine persönliche Kenntnis von Land und Leuten außerhalb unserer Grenzen bringt Hans-Jürgen Wischniewski nach wie vor als Vorsitzender unserer Internationalen Kommission in die Parteilarbeit ein: Er hat an der schwierigen Aufgabe der Sicherung und des Ausbaus der Europäischen Gemeinschaft seit vielen Jahren mitgewirkt. Er hat seine gute Kenntnis der arabischen Welt - die er übrigens seinem mutigen Engagement für die Algerier verdankt, als es anderen noch nicht opportun erschien, deren Recht auf Selbstbestimmung anzuerkennen - immer zum Wohle unseres Landes genutzt. Sein Verständnis für die Länder der Dritten Welt kam ihm nicht nur während seiner Jahre als Entwicklungsminister zugute. Heute trägt er wieder besondere Verantwortung für das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten im Sinne einer Entspannungspolitik, zu der er schon wichtige Beiträge geleistet hat, als die Sozialdemokraten noch außerhalb der Bundesregierung waren.

Die SPD hat allen Anlaß, Hans-Jürgen Wischniewski Dank zu sagen. Ich persönlich weiß seine kameradschaftliche Verbundenheit zu schätzen. Und ich füge - für viele andere mit - den Wunsch hinzu, daß er zum Wohle unseres Volkes und seiner Freunde lange wirken können möge.

(-/22.7.1982/bgy/ca)

+ + +



Käte Strobel ein Dankeschön

Die ehemalige Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit wird 75

Von Egon Lutz MdB

Am morgigen Freitag wird man in Nürnberg aus vollem Herzen der Ehrenbürgerin der Stadt gratulieren. Käte Strobel, die langjährige Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises 231, das langjährige Vorstands- und Präsidiumsmitglied der SPD, die zeitweilige Vizepräsidentin des Europaparlaments und Vorsitzende der sozialistischen Fraktion, die Bundesministerin der Kabinette Kiesinger und Brandt und die heutige Vorsitzende der Bundesschiedskommission der SPD wird 75 Jahre alt. In ihrem schmucken Eigenheim am Rande der fränkischen Metropole, umgeben von ihren zärtlich geliebten Kakteen, wird die quicklebende Jubilarin wenig Zeit haben, Atem zu schöpfen, um den vielfachen Ehrungen des Tages zu entgehen.

Gratulieren werden wir alle, die ihren politischen Weg ein Stück mitbegleiten durften, mit Dankbarkeit. Diese Frau verkörpert die besten Traditionen des demokratischen Sozialismus. Ja, sie ist ein Stück Parteigeschichte. Die Tochter eines Schumachers, verheiratet mit einem sozialdemokratischen Buchdrucker, den die Nazis im KZ quälten und im Strafbataillon 999 an der Ostfront verheizen wollten, hat demokratische Tapferkeit vorgelebt. Allein auf sich gestellt, hat sie in der dunkelsten Zeit ihre Familie durchgebracht. Nach 1945 war sie eine der Ersten, die die sozialdemokratische Frauenarbeit in Franken mitbegründete. Im Deutschen Bundestag, dem sie von 1949 bis 1972 angehörte, machte sie sich sehr schnell als Expertin für Verbraucherfragen und der schwierigen EWG-Probleme einen Namen. Dies festigte sich während ihrer Tätigkeit im Europäischen Parlament von 1958 bis 1966. Noch heute gehört Käte Strobel dem Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel an. Ihr Rat ist hochgeschätzt, ihr praxisbezogener Verstand noch immer unentbehrlich.

Realitätssinn, Unbeugsamkeit und Herzengüte zeichneten sie auch als Ministerin aus. Als es 1966 zur Großen Koalition kam, gab es keinen, der sich über die Berufung Käte Strobels zur Gesundheitsministerin wunderte. Die Wertschätzung stieg von Jahr



zu Jahr mit den Ressortaufgaben (Von 1969 an wurden ihr auch das Ressort Jugend und Familie und der schwierige Bereich der Sozialhilfe zugeschlagen). Wichtige Gesetzeswerke der sozialliberalen Koalition sind noch immer mit ihrem Namen verknüpft. Das Bundesausbildungsförderungsgesetz, das erste Gesamtprogramm des Bundes gegen Drogenmißbrauch, die ersten entscheidenden Durchbrüche auf dem Gebiet der Sexualerziehung, die Reform der Sozialhilfe, das Krankenhausfinanzierungsgesetz, die Reform des Lebensmittelrechts, die flankierenden Maßnahmen zur Reform des § 218 und das Arzneimittelrecht. Diese Frau, die einmal gesagt hat: "Politik ist eine viel zu ernste Sache, als daß man sie allein den Männern überlassen könnte", stand ihre Frau im Kabinett. 1972 zog sie sich von der Bonner Bühne zurück, um ihrer Vaterstadt als Stadträtin und Fraktionsvorsitzende der SPD noch einmal sechs Jahre lang zu dienen. Daß sie im Kommunalwahlkampf ihrer Partei einen beachtlichen Wahlsieg erringen half, wundert schon gar nicht mehr bei der allgemeinen Wertschätzung, die die Nürnberger ihrem "Kettele" entgegenbrachten und entgegenbringen.

Käte Strobel hat viele Ehrungen erfahren. Das Bundesverdienstkreuz mit Stern und Schulterband war die Auszeichnung der Republik, die Ehrenbürgerschaft die Auszeichnung der Stadt Nürnberg. Die Zuneigung ihrer Nürnberger Mitbürger die Verehrung ihrer sozialdemokratischen Genossinnen und Genossen ist ihre schönste Auszeichnung. Diese Frau macht sich auch mit ihren 75 Jahren noch um die Partei und um ihre Mitbürger verdient. Danke schön. (-/22.7.1982/bgy/ca)

+ + +



Sozialdemokraten unter dreifachem Druck

Problemskizze zur Lage der SPD im Sommer 1982

Von Bruno Friedrich MdEP
Vorsitzender der SPD im Bezirk Franken

Zum ersten Mal seit Beginn der 30er Jahre treffen eine Weltwirtschaftskrise mit hoher Arbeitslosigkeit und Inflation und eine Periode intensiven Wettrüstens aufeinander. Die dadurch entstehende politische Instabilität wird von heftigen nationalistischen Strömungen begleitet.

Es ist die gleiche Konstellation, die vor 50 Jahren zum II. Weltkrieg geführt hat.

Die politische Instabilität hat inzwischen alle politischen Systeme erfaßt.

Zugleich werden die alten Fragestellungen der Politik erweitert. Ökologie, die neue Rolle der Dritten Welt, nukleare Aufrüstung, explodierender Rüstungsexport verschärfen die Lage.

Der konventionelle Krieg wird wieder "normales letztes Mittel" der Politik.

In der Bundesrepublik hat das die letzten drei Jahrzehnte prägende Dreiparteiensystem (Christdemokraten, Sozialdemokraten, Liberale) in den letzten zwei Jahren seine allein dominierende Rolle eingebüßt.

Der politisch-parlamentarische Konsens funktioniert nicht mehr wie bisher.

Die bisher dominierenden politischen Parteien sind nicht mehr in der Lage, den Bruch im politischen Denken der Kriegs- und Nachkriegsgeneration zu überbrücken.

Protestbewegungen dominieren das öffentliche Erscheinungsbild der Politik und der Parteien.

Die SPD ist von dieser Strukturverschiebung am stärksten betroffen; sie hat ihre beherrschende Stellung in den Großstädten eingebüßt.

Neue Bildungs- und Sozialeliten entwickeln eine sich vom bisherigen Dreiparteiensystem entfernende politische Kultur.

Die überlieferten Koalitions- und Bündnismöglichkeiten zwischen den Parteien sind erschüttert und werden nicht durch neue Koalitionskonstellationen ersetzt.

Am stärksten ist diese Entwicklung in den städtischen Regionen mit starkem Tertiärsektor ausgeprägt.

Die gesellschaftlichen Großgruppen (Gewerkschaften, Kirchen, Wirtschaft) sind zwar noch prägende gesellschaftliche Machtfaktoren, ihr Einfluß auf die öffentliche Meinung ist infolge der neuen Bildungseliten und der neuen Medien schwächer geworden.

Das Ende des industriellen Wachstums in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise trifft am tiefsten und am heftigsten die Parteien des demokratischen Sozialismus und die Gewerkschaften, die in den 60er und ersten 70er Jahren eine auf regelmäßiges Wachstum gegründete, die breiten Massen erstmals begünstigendes Verteilungskonzept, verbunden mit sozialstaatlichen Reformen durchgesetzt hatten.



Unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise und angesichts geringer Wachstumsdaten kann die Erwartungshaltung der die SPD bisher tragenden Massen nicht mehr befriedigt werden. Der Regierung wird deshalb mangelnde Durchsetzungskraft bei der Vertretung ihrer Wähler vorgeworfen.

Eine rechtzeitige Anpassung des gesamten Verteilungs- und Sozialsystems an die neuen Daten ist seit 1976 hinausgeschoben und von der Partei in der öffentlichen Meinung auch nicht vorbereitet worden.

Deshalb geraten Sozialdemokraten und Gewerkschaften unter dreifachen Druck:

1. Enttäuschte Mitglieder und Wähler verschärfen den Konflikt von Partei und Regierung.
2. Die in den Grünen und Alternativen organisierten neuen Bildungseliten und ein breites Protestpotential, besonders der jungen Generation verschärfen den emotionalen Druck und offerieren den Enttäuschten eine neue politische Basis, ohne gleichzeitig einen auf politisch-parlamentarisches Handeln gestützten Regierungskonsens anbieten zu können oder zu wollen.
3. Dadurch erhalten die neuen neo-konservativen Strömungen der Gesellschaft die quantitative Chance der absoluten Mehrheit; die Neokonservativen versprechen "weniger Staat", Sparsamkeit in den öffentlichen Finanzen, vor allem niedrigere Steuern, dadurch werde sich eine Lösung der Wirtschaftsprobleme einstellen; der Neokonservatismus riskiert hohe Arbeitslosigkeit, begünstigt die Reichen und bietet sich denen an, die aus einer enttäuschten Erwartungshaltung heraus sich vor allem von den Sozialdemokraten abwenden. So entsteht auch bei uns die Reagan-Konstellation: Reiche, Mittelschichten, Industriearbeiter, neue nationale Strömungen (Ausländerfrage) heben die CDU/CSU über die 50-Prozent-Grenze.

Keine der politischen Strömungen kann die Erwartungen ihrer Anhänger längerfristig befriedigen, ausgenommen die der Reichen und gehobenen Mittelschichten im neokonservativen Spektrum. Deshalb werden die kommenden Jahre von immer schärfer werdenden Sozialkonflikten geprägt werden.

Die Unmöglichkeit, in einer Krisenzeit Erwartungshaltungen an die Politik zu befriedigen, wird die Stabilität des Drei-Parteien-Systems in der Bundesrepublik beenden.

Der bisherige Koalitionspartner der SPD, die FDP, ist zu klein, um einen gleichzeitigen Wählerverlust an CDU, SPD und Grüne zu verkraften und politisch über die Fünf-Prozent-Grenze zu überleben.

Deshalb sind in der Bundesrepublik über 1984 hinaus sozial-liberale Mehrheiten kaum denkbar.

Sie sind nicht denkbar, wenn die FDP unter Preisgabe der sozial-liberalen Positionen ihres Freiburger Parteitages sich neokonservativen Tendenzen annähert, zugleich jedoch den Konkurrenzkampf mit den Grünen durch teilweise Aufnahme grüner Positionen bestehen will. Dann wäre, in der Tat, die FDP über 84 hinaus weder quantitativ noch politisch koalitionsfähig.

Bei demonierender neokonservativer Tendenz innerhalb der FDP werden nicht wenige FDP-Wähler lieber gleich die CDU/CSU wählen.



Deshalb hat das sozial-liberale Bündnis über 1984 hinaus nur eine Chance wenn die FDP sich im Prinzip klar zum sozial-liberalen Kurs ihres Freiburger Programms bekennt, ihn jenseits des Neokonservatismus erneuert und sich mit einem ebenfalls erneuerten Reformsozialismus Godesberger Prägung verbündet.

Ein auf dieser Grundlage entschieden gewolltes Bündnis könnte einen Teil der Wähler der Grünen für FDP und SPD zurückgewinnen. Unter einer solchen Konstellation, und nur unter dieser, hätte das sozial-liberale Bündnis auch über 1984 hinaus eine Chance.

In dieser Lage muß sich die SPD darauf konzentrieren, eine die CDU/CSU als ihren Hauptgegner erkennende, eine die Regierungsverantwortung anstrebende Volkspartei zu bleiben. Sonst landet sie in einer zeitlich unbegrenzten Opposition.

Die SPD kann deshalb nicht Gefangener der FDP sein oder bleiben. Die SPD darf auch nicht zum Gefangenen der konsensunfähigen Grünen werden.

Die SPD muß unter neuen Bedingungen nach der politischen Chance für den mehrheitsfähigen politischen Konsens fragen.

Sie muß, erneut, ähnlich wie 1968, aber unter anderen äußeren Bedingungen den Generationsbruch überwinden. Sie muß Teile der neuen Bildungseliten integrieren, ihre politische Kultur erweitern, ohne gleichzeitig ihre Massenfähigkeit bei den bisherigen Wählern zu verlieren.

Eine massenfähige Volkspartei der linken Mitte als ebenbürtiger Gegner der CDU/CSU bleibt die SPD nur, wenn sie das soziale Gewissen der Nation repräsentiert, wenn sie die Friedensbewegung durch aktive Friedenspolitik an sich bindet und zugleich in der Landes- und Kommunalpolitik neue Akzente einer erweiterten politischen Kultur setzt.

Ist diese Einschätzung richtig, dann muß die SPD den Mut haben, die bisherigen Prioritäten ihrer Politik zu überdenken und neu zu bestimmen.

Angesichts künftig begrenzter Wachstumsgrößen und einer lang anhaltenden Weltwirtschaftskrise hat für eine Sozialdemokratische Partei des Reformsozialismus das Verhältnis von Wirtschaftspolitik, Verteilungspolitik und Sozialstaat den absoluten Vorrang vor anderen politischen Kategorien.

Damit rückt, unter neuen Gesamtbedingungen, die klassische Frage- und Zielsetzung des demokratischen Sozialismus an die erste Stelle der Prioritätenliste der sozialdemokratischen Politik.

Der absolute Vorrang der Außenpolitik und der Deutschlandpolitik, wie er seit 1969 für die Politik der sozial-liberalen Koalition und damit der SPD im Handeln und in der Öffentlichkeit prägend war, kann unter den neuen Bedingungen der Weltpolitik nicht wie bisher aufrechterhalten werden.

Allerdings bleibt die Friedenspolitik mit Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik die bedeutsamste Kategorie sozialdemokratischen Handelns.

Im föderalistischen System der Bundesrepublik hat die Vernachlässigung der Landes- und Kommunalpolitik durch die SPD durch zu einseitige Konzentration auf die Bundespolitik empfindliche Strukturschwächen produziert (Ausnahme NRW) und die Heranbildung junger Führungseliten verhindert.

Deshalb müssen Landes- und Kommunalpolitik zur gleichrangig beachteten dritten Säule sozialdemokratischer Politik (neben Beschäftigungs- und Sozialpolitik) und neben der Friedenspolitik werden.

(-/22.7.1982/ks/ca)

+ + +



Taten erforderlich!

Im Kampf gegen den "sauren Regen" ist keine Zeit mehr zu verlieren

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundesrepublik Deutschland hat jetzt zusammen mit allen EG-Staaten die Ratifizierungsurkunde zur Genfer "Konvention über weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung" bei den Vereinten Nationen in New York hinterlegt. Auf der Stockholmer Umweltkonferenz haben sich Ende Juni auch die Schweiz und Österreich bereit erklärt, dieser Konvention beizutreten. Damit haben 24 von den 33 ECE-Mitgliedsstaaten, die im November 1979 das Übereinkommen in Genf beschlossen haben, unterzeichnet; es kann in Kraft treten.

Ein erfreulicher Fortschritt. Nun aber muß der Verhandlungsphase die Realisierungsphase folgen. In dem Dokument verpflichten sich die Mitgliedsstaaten, zur Bekämpfung der Luftverschmutzung die besten verfügbaren Technologien einzusetzen, "soweit dies wirtschaftlich vertretbar ist". Der Stand der Technik heißt im Falle Schwefeldioxidemissionen: Rauchgasentschwefelung beziehungsweise Wirbelschichtfeuerung. Dadurch könnten mehr als 80 Prozent der SO₂-Emissionen zurückgehalten werden. Daß der Einbau solcher Anlagen mit beträchtlichen Kosten verbunden ist, kann nicht bestritten werden. Diese Kosten sind aber verkraftbar, und zwar umso eher, je sicherer gewährleistet ist, daß die Maßnahmen international harmonisiert werden.

Wir haben nur die Alternative,

- entweder dem Sterben unserer Wälder mit allen Folgen für Klima, Wasserhaushalt und das gesamte Ökosystem tatenlos zuzusehen und überdies die damit verbundenen volkswirtschaftlichen Verluste in Kauf zu nehmen,
- oder entschlossen dem Übel an der Wurzel entgegenzutreten durch Verminderung des Schadstoffausstoßes an der Quelle. Nur der rasche Einsatz moderner Technik kann - vielleicht - noch verhindern, daß es zur Katastrophe für unsere Wälder kommt.

Jährlich werden auf der nördlichen Halbkugel der Erde 145,5 Millionen Tonnen SO₂ in die Luft ausgestoßen; auf der Südhalbkugel sind es 5,5 Millionen Tonnen pro Jahr. Allein in Mitteleuropa sind in den letzten zehn Jahren infolge des "sauren Regens" rund eine Millionen Hektar Wald abgestorben, in mehr als 10.000 Seen Skandinaviens ist jegliches Leben erloschen. Die Schäden an Baudenkmalern wie zum Beispiel Kirchen, Kathedralen, Schlössern mit ihrem reichen Skulpturenschmuck sind noch gar nicht mitgerechnet.

Das Baumsterben ist inzwischen längst nicht mehr auf Tannen und Fichten beschränkt. Kiefern, Buchen, Ahorn, Linden und selbst Eichen und Birken sind ebenso betroffen. 120.000 Hektar Wald sind allein in Bayern vom Tode bedroht. Besonders hart werden unsere schönsten Fremdenverkehrsgebiete wie der Schwarzwald und der Bayerische Wald von der Seuche heimgesucht, mit allen nachteiligen wirtschaftlichen Folgen für diese Räume. Einen allgemeinen Aufschrei gibt es vielleicht erst dann, wenn Straßen- und Parkbäume in den Städten entlaubt dastehen und keiner mehr vor der Trostlosigkeit dieses Anblicks die Augen verschliessen kann.

Nordrhein-Westfalen hat jetzt einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung getan. Arbeits- und Gesundheitsminister Farthmann ist es gelungen, eine Vereinbarung mit den



RWE (Rheinisch-Westfälische-Elektrizitätswerke) über die Entschwefelung sämtlicher Braunkohlekraftwerke zu treffen, wonach bis 1987 stufenweise alle größeren Kraftwerke umgerüstet beziehungsweise sechs ältere Anlagen stillgelegt und dadurch vier neue, umweltfreundliche ersetzt werden sollen.

Wenn für den Neubau von vier 600 Megawatt-Blöcken über fünf Milliarden DM veranschlagt werden, dann wird damit gleichzeitig deutlich, daß solche Investitionen nicht nur aus Gründen des Umweltschutzes zu begrüßen sind, sondern daß sie auch auf Jahre hinaus Arbeitsplätze sichern.

Punktuelle Maßnahmen allein reichen jedoch nicht mehr aus. Daher ist eine massierte und konzertierte Gegenaktion auf allen Ebenen einzuleiten.

1. Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, schnellstmöglich die angekündigte Verordnung für Großfeuerungsanlagen mit umweltverträglichen Grenzwerten für die SO_2 -Emissionen zu erlassen.
2. In diese Verordnung müssen die Altanlagen einbezogen werden.
3. Die Länder sind aufgefordert, abgestufte Sanierungspläne für Altanlagen zu erstellen, die bis spätestens 1990 realisiert werden müssen. Da 56 Prozent des Schwefeldioxyds aus Kraftwerken, Fernheizwerken, Müllverbrennungsanlagen und großen Industriefeuerungen stammen, könnte bei konsequenter Durchführung der SO_2 -Ausstoß um rund zwei Millionen Tonnen pro Jahr verringert werden.
4. Um die Zahl der Einzelfeuerung zu reduzieren, ist ein forcierter Ausbau der Fernwärmeversorgung, vorrangig in Ballungsgebieten erforderlich. Dazu können auch die Gemeinden durch entsprechende Planung von Wohn- und Gewerbegebieten ihren Beitrag leisten.
5. Auf internationaler Ebene darf nicht mehr das "Verschmutzungsprinzip" maßgebend sein, sondern das "Reinhalteprinzip". Das heißt es dürfen nicht Immissionslimits ausgehandelt werden, vielmehr müssen einheitliche Emissionsbegrenzungen für alle europäischen Länder festgesetzt werden.

Die Rauchgasentschwefelung beziehungsweise die Verwendung schwefelarmer Brennstoffe muß also für alle Großfeuerungsanlagen in Europa verbindlich gemacht werden, wie es Bundesinnenminister Baum in Stockholm gefordert hat.

Schon vor zehn Jahren hat die erste Umweltkonferenz der Vereinten Nationen in Stockholm das Prinzip aufgestellt, daß kein Land unter der Verschmutzung von Luft und Wasser leiden dürfe, die andere Länder verursachen. Es ist hohe Zeit, nach diesem Prinzip zu handeln.
(-/22.7.1982/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

